Zu den Wahlen.

Wir treten nunmehr in den letzten Abschnitt der Wahlbewegung ein, nur noch zehn Tage trennen uns von der Entscheidung, die Vorbereitungszeit ist in der Hauptsache beendet; es ist daher der Augenblick gekommen, um die Summe des bisher Erreichten zu ziehen. Es ist unverkennbar, daß sich eine Wandlung in der Parteigruppirung zu entwickeln beginnt, die alten Gegensätze sind zwar gegenwärtig noch in Kraft, wir haben noch eine freisinnige und eine Centrumspartei, Nationalliberale, Conservative und Socialdemokraten, aber es stellt sich mehr und mehr das Streben heraus, die Zahl der Parteigruppen einzuschränken, und dahin zu gelangen, daß nur noch zwei Parteien übrig bleiben, eine staatserhaltende und eine auf den Umsturz des Bestehenden bedachte Partei. In der gegenwärtigen Wahlagitation hat es sich mit voller Klarheit gezeigt, daß Deutschfreisinnige und Socialdemokraten sich immer enger aneinander schließen und daß beide gemeinsame Hauptgesichtspuncte haben. Die Art von freiheitlicher Entwickelung, welche die Freisinnigen anstreben, ist mit der Erhaltung der Bestehenden nicht in Einklang zu bringen, sie wollen das in Kraft befindliche Wirthschafts- und Steuer-System umstürzen, sie wollen mit der bisher befolgten Social- und Colonialpolitik brechen, sie wollen die militairische Dienstzeit herabsetzen und der Regierung die Mittel entziehen, um den Ausschreitungen der Socialdemokratie mit Erfolg entgegen zu wirken. Daß diese Forderungen sich mit der Wohlfahrt des Deutschen Reiches nicht vereinigen lassen, liegt auf der Hand, durch ihre Erfüllung würde einfach Verwirrung angerichtet, es würde alles Bestehende in Frage gestellt, ungeheure Aufregung erzeugt werden, die sich bis auf das Ausland erstrecken und den Frieden gefährden würde, aber die Hauptsache, die dadurch angeblich erreicht werden soll, würde verfehlt werden. Die Lebensmittel würden nicht billiger, der innere Friede würde nicht gestärkt, die Zufriedenheit der besitzlosen Volksclassen würde nicht herbeigeführt, sondern es würde ein Zustand geschaffen werden, welcher das Gleichgewicht stören, die ruhige allmälige Fortentwickelung verhindern und uns neue unüberwindliche Schwierigkeiten stellen würde.

Auf der anderen Seite sind die Nationalliberalen in der Ueberzeugung bestärkt worden, daß die Gesammtwohlfahrt des Deutschen Reiches am besten gewahrt wird, wenn sie mit den conservativen Parteien und mit den verbündeten Regierungen gemeinsam an der Fortentwickelung des deutschen Reiches unter Befolgung der bisherigen bewährten Grundsätze arbeiten, ohne irgend welches verfassungsmäßige Recht preiszugeben, lediglich von dem Streben geleitet, das Ganze unversehrt zu erhalten. Darum ist der Grundgedanke des Wahlaufrufs der nationalliberalen Partei so glücklich gewählt, daß der innere Friede gleicher Weise zu erhalten sei wie der äußere. Wir sind gar nicht in der Lage, die grundstürzenden Veränderungen vorzunehmen, von welchen der freisinnige Wahlaufruf spricht, wir würden durch Unterstützung dieser Forderungen einzig und allein unsere politische Unreife zeigen. Was kann es helfen, unerfüllbaren Idealen nachzujagen, wenn wir darüber die nächsten Anforderungen der Gegenwart und Zukunft aus den Augen verlieren. Es ist genug kein idealer Zustand, der große Rüstungen und Ausnahmegesetze nöthig macht, aber wir können die bestehenden Thatsachen, mit denen wir rechnen müssen, nicht willkürlich ändern, wir stehen unter ihrem Einflusse und haben unsere Handlungsweise danach einzurichten.

Wir entnehmen aus den Zeichen der bisherigen Wahlbewegung, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, auf dem von den verbündeten Regierungen eingeschlagenem Wege ruhig und besonnen fortzuschreiten, bei der Mehrzahl der Wähler zugenommen hat und daß es nur noch einiger Mühe bedarf, um die Schwankenden und Entschlüssen schwer zugänglichen Gleichgiltigen für die gute Sache zu erwärmen, damit wir das gleiche Ziel erreichen wie am 21. Februar 1887. Die Verhältnisse haben sich seitdem wenig verändert, wenn auch die Gefahren, welche den Frieden von außen drohen, an Dringlichkeit verloren haben. Dieser Zustand ist aber auch nur unter der Voraussetzung aufrecht zu erhalten, daß die innere Festigkeit des Deutschen Reiches in der Meinung des uns feindlich gesinnten Auslandes keine Verminderung erleidet, daß wir hinreichendes Vertrauen auf unsere bewährten Einrichtungen setzen, um sie nicht planlos und auf das Geradewohl hin preiszugeben. Wir brauchen Schutz gegen unsere Feinde im Auslande und im Innern, jener gewährt uns ein wehlgerüstetes Heer und entsprechende Marine, dieses schützende Gesetze, auf beides können und werden wir so lange nicht verzichten, als der Friede im Innern und nach außen nicht hinreichend gesichert erscheint.

Wir sind auch nicht in der Lage, das, was wir haben, irgend welchen Hoffnungen auf die Zukunft zu opfern. Es ist in der ganzen Welt anerkannt worden, daß die beiden kaiserlichen Erlasse ausnehmend günstige Aussichten für die zukünftige Lösung der Arbeiterfrage eröffnen, daß sie wahrscheinlich den Schlüssel enthalten, um alle noch unerfüllten berechtigten Wünsche der arbeitenden Classen zu befriedigen, das kann uns aber nicht hindern, unentwegt an dem als richtig Erkannten festzuhalten und die verbündeten Regierungen in ihren auf das Wohl des Ganzen gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Im Gegentheil sind diese Erlasse nur ein neuer Beweis für die höchst erfreuliche Thatsache, daß die Führung der Reichsangelegenheiten sich in den besten Händen befindet, und daß man dieser Führung mit vollem Vertrauen folgen kann. Viele Arbeiter, die bisher noch der socialdemokratischen Partei angehörten, nicht sowohl, weil sie ihren Grundsätzen huldigten, als weil sie glaubten, daß ihre materiellen Interessen von dieser Partei am erfolgreichsten wahrgenommen würden, werden durch die kaiserlichen Erlasse eines andern belehrt und zu der Einsicht gebracht werden sein, daß die Arbeiter-Interessen von der Regierung weit wirksamer vertreten werden, als dies von einer auf Umsturz bedachten Partei geschehen kann. Die Selbsthilfe, auf welche die Arbeiter bisher angewiesen waren bei Gestaltung ihres Verhältnisses zu den Arbeitgebern, ist bestimmt, durch eine gesetzliche Regelung abgelöst zu werden, welche zugleich auf der festen Grundlage der Concurrenzfähigkeit der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkte ruht. Das ist ein Vortheil der durch keine socialdemokratischen Phantasiegebilde aufgewogen werden kann, denn alle die Güter, welche von dieser Seite in Aussicht gestellt wurden, beruhen auf der Voraussetzung, daß die Socialisten aller Länder die Macht, ihr Schicksal selbst und unabhängig von den Regierungen zu gestalten, in die Hand bekommen. Das sind eitle, unerfüllbare Hoffnungen, weil sie vor ihrer Erfüllung in Trümmer zerfallen müssen. Die Zukunft der socialdemokratischen Partei beruht auf den Hoffnungen, welche ihre Anhänger zu den Führern hegen, wird ihnen von anderer Seite Brod statt der Steine geboten, die sie bis jetzt von den Führern erhalten haben, dann werden sie diesen den Rücken wenden.

Leipzig, 10. Februar.

* Dem Vernehmen nach ist über den Termin, zu welchem der preußische Staatsrath zusammentreten soll, endgültige Bestimmung noch nicht getroffen, doch wird angenommen, daß der Zusammentritt baldigst erfolgen wird. Vorher werden noch einige Neuberufungen, zum Theil für ausgeschiedene Mitglieder, zum anderen Theile in Rücksicht auf die speciellen Aufgaben, die dem Staatsrathe für die nächste Zukunft gestellt sind, vorgenommen werden.

* Bekanntlich haben sich in den letzten Jahren Bestrebungen bemerkbar gemacht, welche durch die Erfolge der Germanisirung der preußischen östlichen Provinzen angeregt, durch Ansiedelungen deutscher Landwirthe in Lothringen französische Sprache und französischen Einfluß aus diesem Theile der Reichslande verdrängen wollen. Die Frage wird neuerdings in einem, in den letzten Heften der „Grenzboten" enthaltenen Artikel behandelt, an dessen Schluß es heißt:

„Lothringen ist ein überwiegend deutsches Land und wird der Verdeutschung seinen unüberwindlichen Widerstand entgegensetzen, aber Grund und Boden sind zum guten Theile noch in französischen Händen, und dieser Umstand ist ein großes Hinderniß für die Fortschritte der deutschen Aufgaben im Lande, ein Hinderniß, dessen Beseitigung mit allen zulässigen Mitteln anzustreben ist. Es ist dringend zu wünschen, daß Private aus Altdeutschland Güter in Lothringen erwerben. Das große Capital wird sich vielleicht dem Ankaufe größerer Güter zuwenden, aber Geschäfte durch Güterhandel und Zerstückung größerer Besitze werden sich nicht machen lassen. Für die Erwerbung kleinerer Güter oder eigentlicher Bauerngüter liegen fast allenthalben günstige Bedingungen vor, und hierzu ist zu bemerken, daß die Grundwerthe zwar etwas höher ist als in manchen Theilen Altdeutschlands, daß dagegen die Gemeinde- und Bezirkszuschläge in der großen Mehrzahl der Gemeinden 50 % von der Steuermark nicht überschreiten. Hohe Zuschläge werden überhaupt meist nur in den Gemeinden erhoben, deren Steuerfuß ein geringes ist. Eine Actiengesellschaft, die mittlere und kleinere Güter erwürbe und weder verästelte, könnte wohl keine eigentlichen Geschäfte machen, noch weniger aber würde sie den nationalen und politischen Zwecken des deutschen Reiches dienen können, das vor Allem eine Verbundenheit des Besitzes anstreben muß. Was größere Güter betrifft, so würde eine Aenderung der Gesetzgebung, wonach sichere Vermögensanlage in Fideicommissen oder Majoraten ermöglicht würde, ohne Zweifel aufmunternd wirken, was aber kleinere Güter betrifft, so müßten solche auf längere Zeitpacht oder zu Eigenthum gegen Bestellung von Hebosreme vergeben werden. Eine Actiengesellschaft würde daher zur Erreichung der eigenen, wie der wirthschaftlichen und der politischen Ziele und Zwecke des deutschen Reiches schon der Natur der Sache nach ganz und gar nicht geeignet sein. Soll der fernere Besitz in Lothringen auf die Dauer in deutsche Hände gebracht werden, so kann nur das Deutsche Reich auf die schon vorhandene Bewegung der Einwanderung fördernd einwirken, indem es die Mittel bereit stellt, diese nur durch Geduld und Uneigennützigkeit zu lösende Aufgabe an die Hand zu nehmen. Unternehmungen einzelner Kaufliebhaber mögen inzwischen vorangehen, und wenn die Hilfe des Reiches gesichert sein wird, wird die deutsche Kauflust ohne Zweifel sehr gefördert werden. Die Verhältnisse in Lothringen liegen aber so, daß einerseits die rein geschäftlichen Vorfragen erst noch der Klärung bedürfen, und daß andererseits eine Aenderung der Gesetzgebung, sei es auch nur wegen der Abgaben für den Besitzübergang und des Notariatsacts, kaum zu umgehen sein würde. Das sind Aufgaben des Reiches, die mit Hilfe des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen wohl kaum gelöst werden können. Die Erwerbung und die Verpachtung von Domänen durch das Reich — nicht etwa nach einem vorgefaßten Plane, sondern schrittweise nach der Gunst der Umstände — würde neben der Ansiedelung von Privaten zum Ankaufe durch ein Entgegenkommen in der Gesetzgebung der nationalen Aufgabe in Lothringen erst Haltung und Richtung geben. So lange aber das Reich sich der Angelegenheit nicht annimmt, ist auch das Reichsland selbst nicht in der Lage, selbstthätig vorzugehen. Erst wenn die Sache vom Reiche als eine große nationale Aufgabe anerkannt sein wird, können wir das Eintreten einer wirklichen Bewegung in der Sache erhoffen. Bis dahin aber möge man die Sache auf sich beruhen lassen, einzelne Einwanderer . . . aufmuntern, aber vor gesellschaftlichen Unternehmungen auf der Hut sein, die nur aus der Sachlage Gewinn ziehen wollen. Nichts wäre für die nationale Sache mißlicher als Unternehmungen ohne Aussicht auf Erfolg."

* Der bekannte hervorragende Führer des Protestanten-Vereins, Domprediger Rudolf Schramm, ist in Bremen nach langen und schweren Leiden im Alter von 53 Jahren gestorben. Schon seit dem Frühling vorigen Jahres war der Verstorbene, der an einem inneren Geschwür litt, nicht mehr im Stande seinen Berufspflichten nachzukommen. In Bremen war er seit 1875 thätig, nachdem er vorher eine Zeit lang als Hofprediger in Waldeck gewirkt hatte. Von Bremen aus wurde er durch Wahl nach Berlin berufen, indessen fand die Wahl nicht die Bestätigung der preußischen Regierung. Sein Tod wird weit über die Grenzen Bremens hinaus betrauert werden.

* In dem Ausschusse der bayerischen Kammer der Reichsräthe führte Prinz Ludwig aus, die Altkatholiken gehörten der päpstlichen Kirche nicht an, sie verwürfen die Kirchenlehren, welche schon vor dem Vaticanum bestanden und besäßen eine getrennte Hierarchie. Der Prinz wünscht die Altkatholikenfrage endlich erledigt zu sehen; da die Mehrheit der Mitglieder des Reichsrathes doch gegen den Kammerbeschluß sei, so geschehe die Erledigung am zweckmäßigsten durch Annahme einer Tagesordnung mit dem Wunsche, die Staatsregierung möge mit den Kirchenbehörden eine endgiltige Regelung der Frage herbeiführen. Der Minister v. Crailsheim stimmte in Vertretung des Cultusministers Dr. v. Lutz dieser Motivirung bei und erklärte, die bayerische Regierung habe niemals eine altkatholische Hierarchie anerkannt. Graf Preysing widersprach. Schließlich wurde die bereits gemeldete Tagesordnung einstimmig angenommen, in welcher es weiter heißt, daß der Altkatholicismus eine vollständige Kirchentrennung involvire und ein Urtheil der Kirchengewalt noch nicht vorliege.

* * *

* Aus Livland wird der „Kölnischen Zeitung" geschrieben:

Der im vorigen Jahre von dem „Departement für die Angelegenheiten der ausländischen Confessionen" niedergesetzte Ausschuß, welcher sich unter dem Vorsitz des Fürsten Kantakuzin mit einer Durchsicht des im Jahre 1832 erlassenen Gesetzes für die evangelisch-lutherische Kirche im Reichsrath zu befassen hatte, hat nunmehr seine Arbeiten beendet. Als hervorragendes Ergebniß derselben ist hervorzuheben, daß der Ausschuß mit großer Entschiedenheit für die „unaufschiebbare Nothwendigkeit" einer Umwandlung der theologischen Facultät der Universität Dorpat in eine geistliche Akademie mit dem Sitze in Petersburg ausgesprochen hat. Es ist zweifellos, daß diese gewiß nicht im Interesse der evangelischen Kirche gelegene Maßregel, weil ganz im Sinne der gegenwärtig in den russischen Regierungskreisen herrschenden Richtung, zur Ausführung kommen wird. Die Universität Dorpat wäre dann die einzige Universität in einem protestantischen Lande, auf der die Theologie keinen Platz fände. Gerade auf die Vernichtung der Dorpater Hochschule ist jetzt alles Bestreben gerichtet und wiederholt hat die „Moskauische Zeitung" betont, daß erst nach Aufhebung der theologischen Facultät auf ein Aufblühen der Oberherrschaft deutsch-protestantischer Richtungen in der Dorpater Studentenschaft zu rechnen sei. Der obenerwähnte Ausschuß hat ferner beschlossen, die Kirchen- und Pastoralständen der bisherigen Verwaltung zu entziehen und sie einem aus Gemeinde- und Regierungsvertretern bestehenden Ausschuß zu überweisen, welcher den Predigern aus den Einkünften der Ländereien ein bestimmtes Gehalt zu zahlen hat. Ferner sollen in Zukunft sämmtliche Prediger vom Minister des Innern bestätigt und die Prediger-Synoden schärferer Aufsicht als bisher unterzogen werden. In allen diesen Maßregeln spricht sich ein unverhohlenes Mißtrauen der russischen Regierung aus, zu dem die baltischen Provinzen niemals Anlaß gegeben haben. — Mit Genehmigung der Staatsregierung bereist gegenwärtig der zweite Militairbevollmächtigte bei der französischen Botschaft in Petersburg, Major Moulin, die Ostseeprovinzen, um sich mit den baltischen Zuständen bekannt zu machen. — Von der „Toleranz", die nach der Behauptung russischer Blätter hier herrschen soll, legt die Thatsache Zeugniß ab, daß das neuerrichtete russische Bezirksgericht in Riga am 23. Januar ein Ehepaar (Kupmann), das kein einer gemischten Ehe entsprossenes Kind katholisch getauft hatte, während das frühere Gericht in dieser Sache auf Freisprechung erkannt hatte.

* Die Verlesung des Anklageberichtes der gegen die Regierung Joan Bratianus eingesetzten parlamentarischen Untersuchungscommission nahm drei Sitzungstage in Anspruch und wurde vor leeren Bänken zu Ende geführt. Selbst die grimmigsten Gegner der Nationalliberalen und den Reihen der frühern „vereinigten Opposition" gegen das Ministerium Bratianu sind zur Ueberzeugung gelangt, daß eine solche Anklage nicht denen zur Schande gereicht, gegen welche sie gerichtet, sondern vielmehr denen, von welchen sie ausgegangen ist. Daraus erklärt sich denn auch, daß selbst solche Abgeordnete, welche noch vor Jahresfrist die Anstrengung einer Anklage gegen den nationalliberalen Ministerpräsidenten als eine unerläßliche Genugthuung für das angeblich beleidigte Rechtsgefühl des Landes erklärt hatten, sich heute geradezu schämen, Zuhörer des nicht blos von unberechtigten Verdächtigungen, sondern auch von den offenkundigsten Lügen strotzenden Phrasenwerks zu sein, auf welches der berüchtigte Parlamentsrabulist Blaremberg seinen Anklageantrag zu stützen versucht. Abgesehen von dem Zeitverlust und den den Kosten für die Drucklegung des Berichtes des Untersuchungsausschusses hat aber schon die Verlesung des letzteren dem Lande die Summe von 18 000 Frcs. gekostet, welche Summe natürlich durch die am Montag beginnende allgemeine Erörterung der Anklage durch die während der Dauer dieser Erörterung auflaufenden Tagungskosten der Abgeordnetenkammer noch entsprechend erhöht werden wird. Alle nur halbwegs anständig denkenden Parteigenossen der nationalliberalen Regierung haben sich übrigens in letzter Zeit offen für die Ablehnung des Blaremberg'schen Antrags schon nach der ersten Lesung ausgesprochen, darunter in erster Linie P. Cary, welcher den Versuch, Joan Bratianu in eine Ministeranklage zu verwickeln, als eine Schande für das Parlament erklärte und gleichzeitig seinen Entschluß dahin aussprach, daß er sich für den Fall der Annahme eines solchen Anklage-Antrages vollständig vom öffentlichen Leben zurückziehen würde. — Gegenüber dem auf 35 023 254 Francs beziffierten Erforderniß des Kriegsministeriums wird der thatsächliche Bestand der rumänischen Armee einschließlich des Sanitäts- und Verwaltungspersonals auf 112 179 Mann angegeben. Hiervon entfallen auf die Generalität 21, auf den Stand der Stabsofficiere vom Major aufwärts 315 und auf die Unterlieutenants, Lieutenants und Hauptleute 2435. Den Hauptbestand der verbleibenden Zahl von 109 408 Soldaten und Unterofficieren stellen die nur zu zeitweisem Waffendienste verpflichteten Dorobanzen mit 63 063 Mann und die mit 9445 Mann eingestellten ständigen Cadres eben dieser Truppe. Hieran schließen sich Infanterie und Jäger mit 9080 Mann, die gleichfalls nur zu zeitweisem Dienste verpflichtete Reiterei der Kalaraschen mit 8160 Mann, die Fußartillerie mit 3451, die Genietruppen mit 2799, die reitende Artillerie mit 1962, die ständige Reiterei der Roschiori mit 1890 und das Flotillencorps mit 1490 Mann. Zu bemerken ist, daß für den Kriegsfall das rumänische Heer durch Einberufung sämmtlicher Dorobanzen und Kalaraschen auf einen Stand von nahezu 200 000 Mann gebracht werden kann.

* Freiherr v. Nordenskjöld erhielt 1887, wie den „Hamburger Nachrichten" aus Stockholm gemeldet wird, in Schreiben von Generalagenten für die Colonie Victoria auf Neuholland. Es war in denselben ein Programm für eine Expedition nach dem Südpol, aufgestellt den „The antarctic exploration of the Royal Society of Victoria", enthalten. Der Generalagent richtete gleichzeitig auf telegraphischem Wege die Frage an Nordenskjöld, ob er sich an die Spitze einer solchen Expedition stellen wolle. Der Plan konnte damals nicht ins Werk gesetzt werden, weil es an einem passenden Fahrzeuge fehlte, er wurde jedoch nicht aufgegeben. Am Schlusse des vorigen Jahres empfing die schwedische Akademie für Wetterkunde darauf durch den Minister des Aeußern die Abschrift einer Rede, welche der Präsident der „Royal Geographical Society of Australasia", Baron F. v. Müller, am 2. September gehalten hatte, nebst einem Schreiben vom schwedisch-norwegischen Consul in Melbourne. Aus diesen Schriftstücken ging hervor, daß, falls eine antarktische Expedition von Schweden und Victoria gemeinschaftlich ausgerüstet würde, diese Gesellschaft bereit sei, eine Summe von 90 000 Kronen zuzuschießen. Als Nordenskjöld die Schreiben gelesen hatte, begab er sich sofort nach Gothenburg, um mit dem Freiherrn Oskar Dickson über die Sache zu berathen. Dieser interessirte sich sehr für das Unternehmen und erklärte schließlich, daß er einen Beitrag zur Deckung der Ausgaben bei einer Südpol-Expedition unter der Bedingung leisten wolle, daß Victoria die Hälfte oder höchstens 90 000 Kronen beisteuere. Die Expedition wird deshalb wahrscheinlich in Gang kommen.

* Der norwegische Staatshaushalts-Anschlag für das Finanzjahr 1890/91 weist 48 150 000 Kronen Einnahmen und 47 500 000 Kronen Ausgaben auf, mithin voraussichtlicher Ueberschuß 650 000 Kronen. Die Regierung schlägt eine Herabsetzung des Ausfuhrzolles auf Holz, des Einfuhrzolles auf Kaffee und der Schiffsabgaben, dagegen eine Erhöhung des Einfuhrzolles auf Weizen und Weizenmehl vor. Die Staatsschuld betrug am Ende des vorigen Finanzjahres 115 714 152 Kronen und die Besitzstücke des Staates 49 835 000 Kronen. Ende 1889 beliefen sich die Baarmittel auf 10 731 000 Kronen. Dem Storthing sind von der Regierung gegen 60 Gesetzvorschläge zugegangen und sollen weitere Vorlagen bis zum 15. ds. erfolgen.

* Die Bevölkerungsstatistik hat eine bemerkenswerthe Abnahme der Geburtsziffer in Belgien festgestellt. Von 1861 bis 1870 kamen auf 100 Einwohner durchschnittlich 3,16 Geburten. Von 1871 bis 1880 stieg diese Ziffer auf 3,21, ging aber 1885 auf 3,03 und 1886 auf 2,97 zurück. Im Jahre 1887 betrug die Geburtsziffer nur noch 2,94 Proc., also 0,22 Proc. weniger als während des Zeitraumes von 1861 bis 1870, und auch in der Neuzeit ist ein stetes Abnehmen derselben zu verzeichnen. In Frankreich, wo der Malthusianismus und das Zweikindersystem bekanntlich viele Anhänger hat, ist das Geburtenverhältniß ein noch ungünstigeres und hat die Regierung veranlaßt, den Eltern von sieben oder mehr männlichen Kindern eine klingende Anerkennung zu gewähren.

* Der ältere Sohn des Grafen von Paris, Prinz Louis Philippe Robert, Herzog von Orleans, geboren am 6. Februar 1869 zu Twickenham, ist zum ersten Male in die politische Arena getreten, indem er sich, wie gestern erwähnt, in der Wohnung eines der Parteigänger der orleanistischen Sache, des Herzogs von Luynes, verhaften ließ. Als „Legitimationspapier" führte der neue Prätendent, der unmittelbar vorher im Rekrutirungsbureau der Rue St. Dominique seine Einreihung in die Armee verlangt hatte, ein Abdankungsschreiben des Grafen von Paris sowie ein Manifest an das französische Volk bei sich. Da es in Frankreich bisher nicht üblich war, daß angehende Rekruten mit derartigen hochpolitischen Documenten ausgestattet sind, wurde der „Prätendent" unmittelbar am Tage nach seinem Geburtstage verhaftet und in die Conciergerie abgeführt, woselbst er mit Sicherheit der Anwendung des Gesetzes über die „Ausweisung der Prinzen" entgegensehen darf. Der Herzog von Orleans hat die Beruhigung, daß dieses Gesetz im Jahre 1886 mittelbar durch seinen eigenen Vater herbeigeführt wurde, der damals aus Anlaß der Vermählung seiner Tochter mit dem Kronprinzen von Portugal einen feierlichen Empfang abhielt und auf diese Weise das Unheil des „Prinzen" heraufbeschwor. Seitdem ist den Prätendenten und ihren nächstberechtigten Erben das französische Gebiet untersagt. Boulanger ließ damals auch sämmtliche Prinzen aus der Armeeliste streichen. Bewirkte aber der Herzog von Orleans gestern, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, so mag er diesen Zweck immerhin erreicht haben; überdies sind die Localitäten der Conciergerie für die Familie Bourbon-Orleans keineswegs unbekannt. Andererseits wird sich General Boulanger inzwischen überzeugt haben, welches Schicksal ihn selbst erwartet, falls er nach Frankreich zurückkehrt, zumal da gegen ihn ein Erkenntniß des Staatsgerichtshofes vorliegt.

* Die französische Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf, nach welchem neue Cavallerieregimenter geschaffen werden sollen, angenommen.

* Die „Times" hat jetzt auch das bisher beobachtete Schweigen über die kaiserlichen Erlasse gebrochen. Sie thut kühl bis ans Herz hinan, aber man spürt doch heraus, wie unbequem das Vorgehen unseres Kaisers dem Blatte ist. Sie sucht alles heraus, was die Wirkung der kaiserlichen Kundgebung schmälern kann, wenngleich sie doch auch bekennen muß, daß die Erlasse ein „leuchtendes Wahrzeichen in der socialen Geschichte" seien. Da wird angeführt, von der Ansicht der Arbeitgeber wisse man noch nichts, dann wird betont, der Kaiser scheine vergessen zu haben, daß die Schweiz schon zu einem internationalen Arbeiterschutzcongreß eingeladen habe, den zu beschicken alle Mächte außer Deutschland sich bereit erklärt hätten. Die jetzige Aufforderung sei nur an die westeuropäischen Mächte gerichtet, und dadurch schon vornherein als nutzlos zu bezeichnen, denn ohne Oesterreich, Italien, Rußland und die Vereinigten Staaten könne irgend etwas Ersprießliches nicht erreicht werden. Kaiser Wilhelm habe allem Anschein nach die Wichtigkeit der Frage voll erkannt, sei aber nicht der schwierigen Einzelheiten Herr geworden. Und so geht es weiter, bis die schöne Entdeckung gemacht wird, Deutschland sei sich jetzt über die Schädlichkeit der Schutzzölle klar geworden und wolle den Freihandel wieder aufnehmen. Zum Schlusse heißt es, wenn eine internationale Regelung von Arbeitsstreitigkeiten auf einer billigen Grundlage stattfinden solle, so sei die Hauptbedingung — wie die „Times" mit einem Ausdruck von der Rennbahn bemerkt —, daß kein Land unbilliger Weise „gehandicapt" sein dürfe, und dies würde die Aufhebung aller Schutzzölle und Prämien in sich schließen. Seien die Arbeiter oder Arbeitgeber der continentalen Staaten vorbereitet, diese Bedingungen anzunehmen? Wenn sie es seien, so stehe man, was kaum denkbar, am Rande einer riesigen industriellen Umwälzung. Wenn sie es nicht seien, was nütze es dann, einen internationalen Congreß einzuberufen, um Fragen zu erörtern, deren Lösung von Dingen abhänge, die aus dem Bereich praktischer Erörterungen ausgeschlossen seien?

* Eine recht seltsame Geschichte aus den ungastlichen Gewässern des Ochotskischen Meeres erzählt ein Brief der „Nowoje Wremja" aus Nagasaki. Auf der Robben-Insel (russ. Tjulen-Ostrow bei Sachalin) hat ein russischer Posten während der Jagdzeit auf Seebären die Polizei, um die Raubwirthschaft amerikanischer Raubfischer zu hindern, die Alles verwüsten. Ein russischer Schooner „Kreiser" hatte, wie schon seit zwei Jahren, die Wache auf die Insel gebracht und sie am 27. October 1889 wieder abgelöst. An diesem Tage stieß er in See und fing einen amerikanischen Räuber-Schooner „Rose". Der russische Commandeur, Lieutenant Druschilin, nahm den amerikanischen Schiffer und einige Mann auf sein Schiff, während er den Lieutenant Nakimoff und einige Leute auf das amerikanische Schiff schickte, auf dem sieben Amerikaner zur Bedienung der Segel blieben. Gegen Mitternacht blieb die „Rose" zurück, es wurde stürmisches Wetter und am nächsten Tage stieß sie auf Klippen, in der Nähe des Gerard-Cap (russ. M. Tjerpjenia der Karten). Der Lieutenant suchte ans Land zu kommen, das eine Boot rissen die Wellen fort und als das zweite herabgelassen wurde, bemächtigten sich die Amerikaner desselben und verwundeten einen russischen Matrosen, der dasselbe mit besteigen wollte, schwer am Halse mit einem Messer. Der Lieutenant Nakimoff blieb auf dem Schooner mit einigen Leuten zurück. Der Schooner barst, das Hintertheil sank unter, das Vordertheil blieb auf den Klippen sitzen. Nun versuchten der Lieutenant und seine Leute ein Floß zu machen, dabei ertranken der Lieutenant und drei Matrosen und nur ein Unterofficier, der sich an die Trümmer hielt, kam ans Ufer. Dort war er dreimal vierundzwanzig Stunden dem Hunger preisgegeben, dann trafen ihn zwei eingeborene Jäger, die ihn zuerst nach dem Tuchmenieff'schen, dann auf Hundeschlitten nach dem Kossakoff'schen Posten brachten, wo ihm die erfrorenen Zehen abgenommen werden mußten. Unterdessen war das Boot mit den sieben Amerikanern glücklich nach der Robbeninsel gekommen. Auch der „Kreiser" kam dorthin, nachdem er vergeblich die „Rose" in See gesucht, nahm frisches Wasser ein, ging am 25. October/6. November wieder in See und ist seitdem verschollen, wie man annimmt, untergegangen, wenn nicht etwa, wie der Correspondent meint, sich die amerikanischen Räuber des Schiffes bemächtigt und auf denselben in ihre Heimath zurückgekehrt sind, denn — sagt der Correspondent — „von solchen Räubern und Taugenichtsen, wie die amerikanischen Gewerbsleute, ist Alles zu erwarten."

Colonialpolitisches.

* Berlin, 8. Februar. Am Sonntag Abend wird Herr Major Liebert vom Großen Generalstabe seinen dreimonatlichen Urlaub nach Ostafrika antreten, um in Unterstützung von Major Wissmann die Action gegen die Araber des Sudans beginnen zu können. — Major Liebert gehört dem Großen Generalstabe an und ist zugleich Lehrer an der Kriegsakademie. Im Jahre 1866 im 58. Infanterie-Regiment Officier geworden, war er als Premier-Lieutenant und Hauptmann längere Zeit Lehrer an der Kriegsschule in Hannover. 1881 kam er in den Generalstab, in welchem er zuerst bei dem III. Armeecorps, dann beim Großen Generalstabe verwendet wurde. Im Jahre 1883 wurde er nicht nur Lehrer an der Kriegsakademie, sondern auch Examinator bei der Ober-Militair-Examinationscommission für die Kriegsschule. 1884 wurde er als Compagniechef in das 76. Infanterie-Regiment versetzt, kam aber schon im folgenden Jahre wieder in den Generalstab zurück, in welchem er im Februar 1888 Major wurde. Nachdem er zwei Jahre bei der 12. Division in Neiße gestanden, gehört er seit 1887 zum Großen Generalstabe. — Major Liebert, welcher Besitzer des Eisernen Kreuzes ist und auch schriftstellerisch, besonders über russische Sachen, thätig gewesen ist, war von Anfang an unter den höheren Officieren der Armee, welche sich für die Colonialpolitik interessirten, einer der thätigsten, in Wort und Schrift für die großen Ideen agirend, so weit es seine Stellung nur irgendwie zuließ. Die Kühnheit, mit welcher er diese Idee vertrug, lenkte die Aufmerksamkeit des Fürsten Bismarck auf ihn, er wurde zum hiesigen Vertreter des Hauptmanns Wissmann ernannt, und hat als solcher die verschiedenen Nachschübe zu leiten und die beständig wechselnden militairischen Besatzungen zwischen der Colonie und dem Mutterlande zu regeln und zu ordnen. — Zugleich mit Herrn Major Liebert werden noch 10 Officiere nach Ostafrika gehen: Lieutenant Schermer, Premier-Lieutenant a. D. Heymons vom 7. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 69, Lieutenant von Zitzewitz vom 3. Posenschen Infanterie-Regiment Nr. 58, Lieutenant Hogrefe, Lieutenant von Elpons vom Grenadier-Regiment Graf Kirch von Neilendorf (1. Westpreußisches) Nr. 6, Lieutenant Schenk, Lieutenant Podlech vom Eisenbahn-Regiment, Lieutenant Burger vom 121. Infanterie-Regiment (3. Württembergisches), Lieutenant Wolfram vom 1. Bayerischen Fuß-Artillerie-Regiment, Lieutenant von dem Knesebeck vom 1. Garde-Regiment z. F. Außerdem wird Assistenz-Arzt Dr. Steuber vom Kürassier-Regiment von Seydlitz (Magdeburgisches) Nr. 7 hinausgehen. Etwa 30 Unterofficiere sind für den Dienst in Ostafrika angeworben.

* Von der englischen Presse werden zur Begründung und Entschuldigung des englischen Vorgehens gegen Portugal zwei neue Gründe ins Feld geführt, die aber wiederum auf Verdrehung der Thatsachen beruhen. Einmal soll das kleine Portugal seinen afrikanischen Besitz verwahrlost haben und zu dessen Entwickelung nicht in gleichem Grade wie das große und reiche England befähigt sein. Die Thatsachen beweisen, wie alle deutschen Afrikareisenden bestätigen können, das gerade Gegentheil. Das portugiesische Angola ist eine der blühendsten Colonien Afrikas und das portugiesische S. Thomé eine der blühendsten nicht blos Afrikas, sondern der Erde. An der Goldküste sitzen die Engländer fast so lange wie